> Zwischenbilanz

des CDU-Bundestagsabgeordneten Ingbert Liebing für den Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Redaktion: Sophie Brachvogel

Große Reformprojekte weiter verfolgen

Erfolgreiche Arbeit mit Kanzlerin Angela Merkel: Mehr Arbeit und weniger Schulden!

Die 16. Wahlperiode ist in ihrer zweiten Hälfte angekommen. Für mich ist das ein Anlass, Zwischenbilanz nach mehr als zwei Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag zu ziehen.

Seit über zwei Jahren verwirklicht die Große Koalition mit der Handschrift unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel wichtige, nicht mehr aufschiebbare Reformprojekte. Und das mit Erfolg. Unsere Republik hat sich zum Positiven gewandelt, auch wenn die Auseinandersetzungen mit der SPD oft schwierig für uns waren. Aber die Bilanz kann sich sehen lassen: der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit zwölf Jahren ist erreicht, über 40 Millionen Menschen haben Arbeit. Wir haben eine Halbierung der Neuverschuldung erreicht und sind mit unserem Wirtschaftswachstum wieder vorn.

Das ist eine wichtige Grundlage, wenn jetzt durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten auch wieder schwierige Zeiten kommen können.

An diesen Erfolgen hat die CDU-geführte Bundesregierung mit wichtigen Reformvorhaben mitgewirkt: Unternehmenssteuerreform, Mittelstandsentlastungsprogramm, aber auch Gesundheits– und Pflegereform sowie Föderalismusreform, sind wichtige Gesetze zur Belebung der Wirtschaft und zur Sicherung der Sozialsysteme. Mit der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent haben wir die Lohnzusatzkosten gesenkt, Arbeit bezahlbarer gemacht—und die Arbeitnehmer behalten mehr Netto vom verdienten Lohn. Im Rahmen des Möglichen wird auch nach mehreren Nullrunden wieder für steigende Renten gesorgt.

Auch für die zweite Hälfte der Legislaturperiode hat sich die Große Koalition noch einiges vorgenommen. Die Staatsfinanzen sollen weiter saniert werden. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden bis 2011.

Die Klimapolitik hat unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz entscheidend geprägt. Mit ihrem Gewicht in Europa und in der internationalen Politik ist es ihr gelungen, Partner für ehrgeizige Klimaziele zu gewinnen. Das ist wichtig, denn nur mit gemeinsamen globalen Anstrengungen können wir die Herausforderungen des Klimawandels meistern.

Das Energie– und Klimaprogramm der Bundesregierung soll im Jahr 2008 in zahlreiche Gesetze gegossen werden. Zielsetzung ist eine sichere, kostengünstige und klimafreundliche Energieversorgung. Die Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), das neue Erneuerbare Energien Wärme Gesetz oder der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung gehören zu diesem Paket, das mich insbesondere als Mitglied im Umweltausschuss beschäftigt.

Mit dieser Informationsschrift möchte ich Sie über meine bisherige Arbeit im Deutschen Bundestag als Vertreter für den Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen Nord informieren.

Ihre Anregungen für meine Arbeit nehme ich gern entgegen!

Ihr

Ingbert Liebing bei seiner parlamentarischen Arbeit in Berlin, hier bei einer Rede im Plenarsaal des Reichstags-Gebäudes.

Meine Themen in Berlin — Berichterstatter im Umweltausschuss

REACH - Meeresschutz — Tiefsee— Erneuerbare Energien—IKZM

Mit dem Umweltminister unterwegs

Zwei Auslandsbesuche in den Nahen Osten und nach China mit Umweltminister Sigmar Gabriel standen in den letzten zwei Jahren auf dem Programm. Während der Besuche in Israel, Jordanien und Ägypten wurden Themen rund um den Umweltschutz und Projekte für Erneuerbare Energien diskutiert.
Der kürzlich beendete Chinabesuch brachte vor allem interessante Gespräch mit deutsch-chinesischen Firmen, die auf dem Gebiet des Umwelt– und Klimaschutzes aktiv sind.

Bei drei Bundestagsanträgen der Koalitionsfraktionen war ich für die CDU/CSU-Fraktion verantwortlich:

1. Sensible Tiefsee besser schützen

Mit dem Antrag „Sensible Ökosysteme in der Tiefsee besser schützen“, fordern CDU/CSU, dass Deutschland sich in internationalen Verhandlungen für die Einrichtung von Schutzgebieten und das Verbot von zerstörerischen Fischereipraktiken einsetzt.

2. Integriertes Küstenzonen- Management (IKZM)

Das Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) ist als langsam aber stetig wachsender Prozess angelegt, der darauf abzielt, steigende konkurrierende Nutzungsansprüche an Meer und Küstengebiete besser aufeinander abzustimmen. Mir ging es dabei vor allem um eine praxisgerechte Ausgestaltung.

3. Schutz der Wale

Die Bedrohung der Wale durch den Menschen hat immer noch kein Ende gefunden. Das IWC-Walfangmoratorium soll nicht aufgeweicht werden. Das bedeutet, dass weiterhin ein Verbot des kommerziellen Walfangs bestehen bleiben soll. Dafür haben sich Deutschland und die EU bei der IWC-Konferenz eingesetzt. Leider umgehen Länder wie Japan immer noch das Verbot und jagen weiterhin Wale.

Meine Arbeit im Umweltausschuss betrifft vor allem meine Berichterstatter-Gebiete zum Chemikalienrecht (hier besonders die EU-Chemikalienverordnung REACH), Meeresumweltschutz (Hochseeschutz, Küstenschutz, Wattenmeer) und dem großen Bereich Umwelt und Forschung (Umwelt und Technik, Forschungsförderung, Umwelt Angelegenheiten der Bio- und Gentechnik, Technikfolgenabschätzung).

Hervorzuheben ist das Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung: Dazu gehört neben zahlreichen anderen Maßnahmen vor allem die **Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)**. Insgesamt sollen die Erneuerbaren Energien in Deutschland noch stärker gefördert werden, um die hohen Ziele des Klimaschutzes zu erreichen. Die Erste Lesung ist vorbei, nun kommen die Anhörungen von Ländern und Verbänden, die 2./3. Lesung soll noch vor dem Sommer 2008 stattfinden.

Ein wichtiges neues Thema betrifft das **Umweltgesetzbuch (UGB):** Im Koalitionsvertrag steht, dass in dieser Legislaturperiode das Umweltrecht neu geordnet werden soll. Ein Ziel ist u. a. die Zusammenfassung und Vereinfachung von Genehmigungsvorhaben durch die integrierte Vorhabengenehmigung. Es liegt ein Referentenentwurf des Bundesumweltministeriums (BMU) vor, der sechs Bücher enthält. Die Union will weder eine Aufweichung noch eine Verschärfung von bestehenden Vorschriften durch die Schaffung eines UGB. Für mich sind insbesondere das 3. (u. a. Meeresumweltschutz) und das 4. Buch (Strahlung) relevant.

Zum kürzlich verabschiedeten **REACH-Anpassungsgesetz**: Die EU-Verordnung REACH, die letzten Sommer in Kraft trat, macht eine Anpassung des deutschen Chemikalienrechts nötig. Dies ist im März mit einem Gesetz geschehen, das ich federführend für die CDU/CSU-Fraktion bearbeitet habe. Mein Ziel ist es, dass die EU-Verordnung so praxisgerecht und schlank wie möglich umgesetzt wird.

Im Umweltausschuss war ich für die **Novelle des Gentechnik-Gesetzes** zuständig, die federführend im Landwirtschaftsausschuss behandelt wurde. Das im Februar beschlossene neue Gesetz bietet einen Kompromiss: Einerseits wird ein hoher Schutzstandard aufrecht erhalten, andererseits wird der wirtschaftliche Einsatz dieser weltweit genutzten Technologie in der Landwirtschaft erleichtert. Auch wegen des Klimawandels brauchen wir klimaresistente Sorten, die mit Hilfe der Gentechnik erzeugt werden können.

Ingbert Liebing besichtigt ein Gentechnik Forschungslabor.

Einsatz für den Wahlkreis

Wirtschaftsmotor Tourismus — Erdkabel - Sachstand Notschlepper

Seit Beginn meiner Tätigkeit als Abgeordneter setze ich mich für einen beschleunigten Netzausbau ein, den wir insbesondere für die Erneuerbaren Energien brauchen. Wo es geht, soll dies mit Erdkabeln statt Freileitungen geschehen. Dies gilt insbesondere für die Projekte Beklum-Flensburg und Niebüll-Flensburg. Vor einem Jahr hatte der Bundestag mit dem Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz eine Sonderregelung für einen 20 Kilometer breiten Küstenstreifen geschaffen, in dem Erdkabel gefördert werden. In der Praxis wurde diese Regelung jedoch nur für Offshore-Windparks anerkannt.

Mehrfach habe ich Bundesumweltminister Gabriel und Bundeswirtschaftsminister Glos sowie Kanzleramtschef Thomas de Maizière damit befasst, um die ursprüngliche Gesetzesabsicht durchzusetzen. Eine klarstellende Gesetzesänderung soll nun—nach bisherigem Stand—mit dem Energieleitungsausbaugesetz (ELAG) erfolgen, das am 1.1.2009 in Kraft treten soll. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass hier eine rechtliche Klarstellung zugunsten der Erdkabellösung stattfindet.

Küstenschutz: Existenzsicherung für die Nordseeinseln und Halligen

In den kommenden Jahren muss der Bund deutlich mehr Geld für den Küstenschutz zur Verfügung stellen. Dafür werbe ich in Berlin, aber auch durch Besuche der zuständigen Kollegen an der Küste.
Wissenschaftliche Untersuchungen über die regionalen Auswirkungen des Klimawandels auf die Deutsche Bucht gibt es genügend. Jetzt gilt es, für künftige Jahrzehnte Vorsorge zu treffen.
Gemeinsam mit der CDU geführten Landesregierung, die diesem Thema eine hohe Priorität beimisst , werden diese Bemühungen jetzt forciert. Die Maßnahmen des Küstenschutzes werden zu 70 Prozent vom Bund und zu 30 Prozent vom Land finanziert.

Auf Föhr besichtigt Ingbert Liebing gemeinsam mit Föhrer CDU-Kommunalpolitikern die Godel-Niederung, ein für Natur und Umwelt interessantes Gebiet, das jetzt durch eine Sicherungsmaßnahme des Landes Schleswig-Holstein erhalten wird.

Tourismus - Wirtschaftsmotor für S-H

Als stellvertretendes Mitglied im Tourismusauschuss des Deutschen Bundestages habe ich mich vor allem bei folgenden tourismuspolitischen Themen engagiert:

—> Neue Sommerferienregelung: Verlängerung auf 90 Tage
—> GEZ-Gebühren: Für eine Gebührenentlastung für touristische Unterkünfte
—> Barrierefreies Reisen besser umsetzen
—> Lärmschutz in touristischen Orten
—> Ausbau der Bahnhöfe in Niebüll und Heide
—> Entwicklung ländlicher Räume mit ausreichender Breitbandversorgung
—> Touristische Beschilderung für die Sturmflutwelt „Blanker Hans“ im Nordsee-Heilbad Büsum
—> Tidefreier Fährverkehr im Amrumer Fahrwasser

Sachstand zum Thema Notschlepper

In diesem Jahr jährt sich die Strandung der „PALLAS“ vor Amrum zum 10. Mal. So lange wird bereits über einen neuen Notschlepper für die Deutsche Bucht diskutiert.

Im ersten Jahr meiner Tätigkeit im Bundestag konnte ich federführend für die CDU/CSU-Fraktion einen Bundestagsbeschluss herbeiführen, mit dem die Ausschreibungskriterien gegenüber den Vorstellungen des Ministeriums verbessert wurden. Wenn schon ein neuer Notschlepper gebaut werden soll, dann muss er auch den modernsten Anforderungen entsprechen und für den Einsatz auf hoher See ausreichend leistungsfähig sein – mit höherer Schleppkraft, notwendiger Geschwindigkeit und mit Gas- und Explosionsschutz. Entsprechend dem Parlamentsbeschluss erfolgt zur Zeit Ausschreibung und Vergabe; nach bisheriger Planung ist Indienststellung für 2010 vorgesehen.

Im Einsatz für Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Eines der wichtigsten Themen meiner Arbeit für den Wahlkreis ist der **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** – vor allem der B5, aber auch der Bahnverbindungen.

Unter rot-grünen Regierungen in Kiel und Berlin blieb die Planung für die **B5** liegen, jetzt wird wieder mit Druck an dem Thema gearbeitet. Der Bau der Ortsumgehungen für Hattstedt, Struckum, Breklum und Bredstedt soll bis 2010 beginnen; die Maßnahme ist jetzt ins Infrastrukturrahmenprogramm der Bundesregierung aufgenommen. Der dreistreifige Ausbau zwischen Tönning und Husum soll abschnittsweise erfolgen; hier setze ich mich für ein beschleunigtes Verfahren ein, damit der Bau bis 2015 fertig gestellt werden kann.

Beim Ausbau der Schiene geht es vor allem um die **Bahnhöfe Heide und Niebüll** sowie um den **zweigleisigen Ausbau zwischen Niebüll und Klanxbüll**.

Zu den klassischen Aufgaben eines Abgeordneten gehört es, die Gemeinden im Wahlkreis bei ihren Verhandlungen mit dem Bund zu unterstützen, z.B. bei **Konversionsvorhaben:** Munitionsdepot Enge-Sande mit Nachnutzungskonzept der Firma GEO, Fliegerhorst-Kaserne Sylt-Ost, Marineversorgungsschule List.

Als Abgeordneter des einzigen Wahlkreises mit zwei **nationalen Minderheiten** vertrete ich die CDU/CSU-Fraktion in zahlreichen Gremien und unterstütze die Anliegen der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und der deutschen Minderheit in Nordschleswig.

Die Arbeit eines Abgeordneten findet zur Hälfte des Jahres in Berlin, zur anderen Hälfte im Wahlkreis statt. Stichworte aus zahlreichen Wahlkreisterminen:

—> drei Bäckereien, Thema Verpackungsverordnung
—> Küstenschutz auf Hallig Hooge
—> Besuch Ausbildungsbetriebe mit der IHK
—> Betriebsbesichtigungen allgemeiner Art
—> Gespräch mit „Weißem Ring“ in Dithmarschen
—> Rinderbereisung mit dem Bauernverband
—> Besuchsprogramm Amrum, Föhr
—> Besuch bei der Kolping-Familie Husum
—> Besuch Nationalpark-Zentrum Multimar Wattforum, Tönning
—> Besuch Behindertenwerkstätten Husum
—> Schulbesuche
—> Kasernenbesuche
—> Besuche bei der Feuerwehr
—> Besucher bei verschiedenen Vereinen und Organisationen

Ein wenig Statistik

Reden im Bundestag:

1. Rede zu REACH am 16.12.2005
2. Rede zum ASCOBANS-Abkommen am 19.1.2006
3. Rede IKZM (Integriertes Küstenzonenmanagement) am 21.9.2006
4. Rede zu REACH am 9.11.2006
5. Rede zum Schutz der Tiefsee am 30.11.2006
6. Rede zur 2. Lesung IKZM am 14.12.2006
7. Rede zur Aktuellen Stunde zu Biologischer Vielfalt am 28.3.2007
8. Rede zum Schutz der Kleinwale in Nord– und Ostsee am 10.5.2007
9. Rede zum REACH-Anpassungsgesetz in der 2.und 3. Lesung am 10.3.2008

Besuchergruppen in Berlin:

2006 besuchten mich 43 Besuchergruppen mit insgesamt 964 Teilnehmern.

2007 fanden 39 Besuchergruppen mit 1.285 Teilnehmern den Weg nach Berlin.

Kontakt: Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☏ (030) 227 – 71 173
FAX (030) 227 – 76 142
ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:
Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp

Wahlkreisbüro Nordfriesland
Hannes Fuhrig, Johanna Papke und Sandra Thiesen
Heckenweg 1
25813 Husum
☏ (04841) 23 28
FAX (04841) 800 180
ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord
Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide
☏ (0481) 34 06
FAX (0481) 53 82
service@cdu-dithmarschen.de